

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1933

3.2.1933 (No. 34)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 RM. frei ins Land, 2.30 RM. bei der Geschäftsstelle abgeholt. 2.30 RM. durch die Post (einschließlich 35 Pfg. Verbandsgebühr) zuzüglich 45 Pfg. Beleggeb. Einzelnummer 10 Pfg. Samstag und Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei / 71. Jahrgang
Erscheinung: Zwei wöchentlich als Wochenzeitung.
Belagen: Anz. und Wiffen. Die Frau des Mann. Unterhaltungsbeilage (Blätter für den Familienkreis). Die Welt. Aus der katholischen Welt. Sportbeilage: „Jugend und Sport“. Einmal in die Welt. Illustrierte Zeitungsbeilage „Die Bildschau“. / Geschäftsstelle, Redaktion und Verlag: Karlsruhe, Steinstr. 17-21. Verantwortl. Geschäftsführer: 6235. Redaktion: 6237. Druckerei: Reichsdruckerei. Politische Redaktion: 4844. Für unentgeltliche Anzeigen ohne Rücksicht auf genaue Anzeigensätze auf dem Monatspreis wird besonderer Abrechnung abgenommen.

Anzeigenspreis: Die 10er-Spaltweite 27 mm breite Zeilenlänge im Anzeigenteil 30 Pfg., auswärts 32 Pfg. für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg., die 3gep. 87 mm breite Zeilenlänge im Anzeigenteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, abwärtsweiser Einzahlung oder Kontoführung kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5% Uhr. — Erscheinungsort und Gerichtsstand: Karlsruhe.

Nr. 34

Freitag, den 3. Februar

1933

Abänderung des Reichswahlgesetzes Erschwerte Zulassungsbestimmungen für die Splitterparteien

Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist das Reichswahlgesetz in einigen Punkten geändert worden. Auslandsdeutsche, die sich am Wahltag im Inlande aufhalten, können an der Wahl teilnehmen, indem sie einen Stimmzettel ausgestellt erhalten. Das gleiche gilt für die deutschen diplomatischen und konsularischen Beamten und ihre Hausstandsangehörigen, ferner die Besatzung von See- und Binnenschiffen, die für keinen festen Landwohnsitz polizeilich gemeldet sind. Damit wird Reichsdeutschen, denen man billigerweise die Ausübung ihres Wahlrechts nicht vorenthalten kann, die Möglichkeit zur Beteiligung an der Wahl eröffnet.

Weiterhin sind neue Bestimmungen über die Einreichung der Kreiswahlvorschläge getroffen. Kleine, völlig unbedeutende Wählergruppen, die vielfach über keinerlei örtliche Organisation verfügten, hatten, teilweise unter offenbarem Mißbrauch des Wahlgesetzes die Aufnahme ihrer Wahlvorschläge in den amtlichen Stimmzettel erreicht. Wählergruppen, die keinen Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt hatten, müssen nunmehr für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge sowie Unterschriften aufbringen, als Stimm zur Erlangung eines Sitzes im Wahlkreisverband erforderlich sind, also 60 000. Ist diese Bedingung erfüllt, so genügen für jeden anderen Kreiswahlvorschlag dieser Partei 50 Unterschriften, wenn es sich um durch Verbindung im Verbands- oder Anschließ an einen Kreiswahlvorschlag innerlich zusammenhängende Kreiswahlvorschläge handelt.

und durch die Gesamteinstellung der Partei zu Staat und Volk. Sie verneinte die Diktatur in jeder Form. Die bayer. Regierung habe das ernsthafte Bemühen, eine neue Regierungsbildung in Bayern zu fördern. Wer mitten wolle, gute und ehrliche bayerische Politik zu treiben, mit dem werde die Bayerische Volkspartei gern zusammenarbeiten. Wer eine volkmäßige Reform der bayerischen Verfassung mitmachen wolle, der sei willkommen.

Staatsrat Schaffer an den Reichspräsidenten

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei Staatsrat Schaffer, hat ein Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt, das folgende Festschrift enthält: „Durch die Begründung der Auflösungsfrage, daß sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt habe, sehe ich mich gezwungen, bezüglich der Bayerischen Volkspartei jählich zu widersprechen und festzustellen, daß die Bayerische Volkspartei, deren grundsätzlicher Wille zur Mitarbeit an nationalen Wiederaufbau bekannt sein muß, zu Verhandlungen überhaupt nicht herangezogen wurde.“

Auslegung der Stimmlisten

Nachdem der Reichspräsident die Neuwahl des Reichstags auf Sonntag, den 5. März, festgesetzt hat, hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß die Stimmlisten und Stimmkarten vom 19. bis 26. Februar auszulegen sind. Die Landesregierungen sind durch Rundtelegramm ersucht worden, sofort alle Vorbereitungen zu treffen und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

Nadolny und der französische Abrüstungsplan

Im Hauptauschuß der Genfer Abrüstungskonferenz ergriff im weiteren Verlauf der Aussprache über den französischen Abrüstungsplan der deutsche Vertreter, Botschafter Nadolny, das Wort. Er erklärte u. a.: Die deutsche Regierung legt den größten Wert darauf, daß die Abrüstung so schnell wie möglich durchgeführt werde. Sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ihr ein vertragliches Recht auf die allgemeine Abrüstung zusteht und daß die Erfüllung dieses Anspruches, auf die sie nun schon mehr als ein Jahrzehnt gemartet hat, nicht länger länger aufgeschoben werden darf. Die deutsche Delegation werde sich von dem Grundgedanken leiten lassen, daß die erste Etappe der Abrüstung wirklich ein entscheidender Schritt in der Herabsetzung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten werden muß.

Der sabotierte Auftrag

Die Reichsregierung ist Donnerstag abend zu einer Sitzung zusammengetreten, in der man sich, wie unterrichtete Kreise zu wissen glauben, auch über die Frage unterhalten hat, ob der gestrige Aufruf der Reichsregierung, der in weiten Kreisen des Volkes wegen seiner inhaltlichen Armut und der Art der Sprache peinliches Aufsehen erregt und stark enttäuscht hat, durch eine programmatische Rundgebung der Reichsregierung ergänzt werden soll. Man hat offenbar eingesehen, daß man mit einer derartigen Verlautbarung, die nichts anderes als zum Teil ungeschickte Formulierungen, zum Teil völlig ungerechtfertigte Vorwürfe gegen die Parteien, die in der Reichsregierung nicht vertreten sind und schließlich Anfeindungen enthält, wie man sie in Artikeln der Reichspresse Tag für Tag lesen konnte, nicht erheblich weiterkommt und daß man vor allen Dingen nicht den Eindruck beseitigen kann, daß die Unausgeglichenheit und die sachlichen Gegensätze, die sich im Reichskabinett schon jetzt in starkem Maße geltend machen, allein für die letzten politischen Ereignisse ausschlaggebend gewesen sind. Mit einem Wortschwall sondergleichen verjuchten die der Reichsregierung nahestehenden Blätter die Regierung in der durchaus nicht den Tatsachen entsprechenden Behauptung zu unterstützen, das Zentrum habe durch die Fragen, die es an den Reichskanzler stellte, und durch seine Haltung im Ganzen zusammen mit der Bayerischen Volkspartei die Reichsregierung gezwungen, den Reichstag aufzulösen. In einzelnen Blättern der Rechten ist sogar von Forderungen die Rede, die das Zentrum der Reichsregierung gestellt habe. All das trifft aber nicht zu. Einzelne Reichsblätter, wie z. B. die Hugenbergsche „Machttaugabe“, sind ehrlich genug, zuzugeben, die Deutschnationalen hätten die große Leistung für sich, daß sie unentwegt an dem Gedanken der Garzburger Front und der

Bildung einer Regierung gegen Zentrum und Sozialdemokratie

Bildung einer Regierung gegen Zentrum und Sozialdemokratie festgehalten und schließlich ihr Ziel erreicht haben. Diese Feststellung widerlegt sowohl die Behauptung, die die Reichsregierung für die Auflösung des Reichstags erfunden hat, wie auch die unwahren Behauptungen der der Regierung nahestehenden Blätter über die Haltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

Herr von Papen hat genau so gehandelt, wie es den deutschnationalen Absichten entsprachen hat. Wir können feststellen, daß Herr von Papen, vom Reichspräsidenten beauftragt, Sondierungen über die Mehrheitsverhältnisse anzustellen, sich auch nicht einen Augenblick lang bemüht hat, mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei in Verbindung zu treten, obwohl der Führer des Zentrums, Prälat Kaas, der Reichskanzler mehrmals davon Mitteilung gemacht hat, daß er noch nicht Gelegenheit gehabt habe, mit Herrn von Papen in Verbindung zu treten, ist von dieser Seite während der beiden letzten entscheidenden Tage nichts geschehen. Erst als die Entscheidung am Montag früh bereits

Demonstrationsverbote in Baden und Oldenburg

Die badische Regierung hat die Polizeibehörden angewiesen, Demonstrationen staatsfeindlicher Organisationen zu verbieten, falls von diesen bei Unzulässigen Beschimpfungen gegen die Reichs- und Landesregierung geäußert werden oder die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Die Polizeidirektion Pforzheim hat bereits sämtliche kommunikativen Demonstrationen verboten.

Im Freistaat Oldenburg sind alle Behörden angewiesen worden, Demonstrationen der kommunistischen Partei und ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen zu verbieten.

Wahlbündnis der Regierungsparteien?

Unter der Ueberschrift „Wahlkameradschaft, aber nicht Einheitsliste“ schreibt die „WZ“: Im Anschluß an die Vorbereitungen des Auftrages der Reichsregierung zum Wahlkampf, der über die künftige Arbeit des Kabinetts entscheiden soll, haben zwischen den Regierungsgruppen auch Erörterungen über die Möglichkeit einer gemeinsamen Führung des Wahlkampfes stattgefunden. Es besteht zweifellos der Wunsch, nachdem sich die Gruppen, die sich früher zeitweise scharf beföhdet haben, in der Regierung des nationalen Zusammenschlusses zusammenfanden, auch den bevorstehenden Wahlkampf in einem anderen Geiste als bisher zu führen.

Dem werden wohl gewisse Abmachungen über das Verhalten der in der Regierungsfrente vereinten Parteien dienen. Daß diese Abmachungen etwa in der Aufstellung gemeinsamer Wahllisten gipfeln könnten, wird von unterrichteter Seite bezweifelt. Ueber die Einzelheiten der Wahlabmachungen werden in den nächsten Tagen noch weitere Verhandlungen stattfinden.

Eine Rede Helld

Gießhütt (Mittelranken), 2. Febr.

Auf einer von der Bayerischen Volkspartei und dem christlichen Bauernverein gemeinsam einberufenen Rundgebung hielt Ministerpräsident Dr. Held am Donnerstag nachmittags eine Rede zur politischen Lage im Reich und in Bayern. Die jetzige Regierung nenne sich mit Unrecht eine Regierung der nationalen Konzentration. Eine Antwort erhebe die Frage, wer es dem Reichspräsidenten gesagt habe, daß es unmöglich sei, im Reichstag eine Mehrheit für eine nationale Konzentration und eine auf dieser Grundlage beruhende Regierung zu bekommen. In Bayern sei in den letzten 13 Jahren eine Politik eingehalten worden, die dem entgegenstehe, was in dem Aufruf der Reichsregierung gefordert werde. Bei der Durchführung eines wirklichen Rettungsprogramms würden der Reichsregierung von Bayern her gewiß keine Schwierigkeiten bereitet werden. Voraussetzung sei, daß die Reichsregierung die Länderrechte und die Staatshoheit der Länder nicht antaste und sich keine Gewalttätigkeiten zu Schulden kommen lasse, die schließlich das deutsche Vaterland in seiner Einheit und Größe gefährden müßten.

Held kritisiert weiter ausführlich die Vorgänge bis zur überraschenden Auflösung des Reichstages und deren Gründe. Die Haltung der Bayerischen Volkspartei sei vorgeschrieben durch die weltanschaulich verwurzelten Grundzüge

Eine (absichtliche?) Falschmeldung

In den Blättern ist eine Meldung zu lesen über den Grund zur Auflösung des Reichstags, die den Tatsachen nicht entspricht. In der „Neuen Bad. Landesztg.“ (Abendblatt vom 2. Febr.) heißt es z. B. aus Berlin, 2. Februar: Die Auflösung des Reichstags resultiert, wie aus amtlichen Kreisen verlautet, aus der Erkenntnis der Reichsregierung, daß eine Einigung zwischen Kabinett Hitler und dem Zentrum nicht zu erzielen sei.

Heller hatte an das Zentrum die Forderung gerichtet, daß es einer etwa einjährigen Vertagung des Reichstages zustimmen möge. Aus den Fragen des Zentrums über Verfassungsrecht, Sozialpolitik usw. hat er den Schluß gezogen, daß das Zentrum eine Vertagung von solcher Dauer nicht hinzunehmen bereit sei.

Ueber diese Lage berichteten der Kanzler und der Vizekanzler dem Reichspräsidenten in dem Vortrag, der der Auflösung voranging, und der Reichspräsident schloß sich ihrer Auffassung an.

Im „Bad. Beob.“ wurde schon im gestrigen Blatt festgestellt, daß die Angabe, Hitler habe mit Prälat Kaas über ein Ermächtigungsgesetz gesprochen, durchaus nicht zutrafte. In der Tat wendet sich auch die gesamte Zentrumspresse gegen die Behauptung, daß in der Unterredung von einem Ermächtigungsgesetz die Rede gewesen sei. Auch von Berlin zurückkehrende Zentrumsgesandte, die über die Unterredung zwischen Kaas und Hitler mit Kaas gesprochen haben, stellen fest, daß in der Unterredung mit Kaas ein Ermächtigungsgesetz gar keine Rolle spielte.

Kein Mensch, der in der Politik irgend etwas zu melden hat, konnte erwarten, daß das Zentrum, ohne sich vorher nach den Zielen der ohne es gebildeten Regierung Hitler genau zu erkundigen, der Kabinettsbildung zustimmen und etwa eine Zerstückelung der Regierung Hitler ansprechen würde. Wenn nun die Antwort auf die Anfragen des Zentrums die Auflösung des Reichstags war, so geht so klar als immer möglich dar-

aus hervor, daß die Auflösung des Reichstags von vorn herein geplant war und alles weitere drum und dran dem Zentrum gegenüber nur das übliche unaufrichtige falsche Manöver war, um denjenigen in jedem Fall die Schuld zuzuschreiben, die man treffen wollte. Und allem Anschein nach ist dabei Hitler noch eine Ungeschicklichkeit passiert, indem er Kaas gerade die Frage über das Ermächtigungsgesetz nicht vorgelegt hat, von der jetzt nachträglich unrichtigermode behauptet wird, sie habe zur Auflösung geführt.

Wie aber auch dem sei, die „Münch. Neuest. Nachrichten“ haben recht, wenn sie in Nr. 32 vom 2. Februar schreiben:

„Dieser Anfang ist miserabel. Als die Regierung unter Hitler gebildet wurde, haben wir es für eine nationale Pflicht gehalten, alle Vorbehalte, Zweifel und Befürchtungen dem einen Ziel unterzuordnen: Deutschland. Wollten die neuen Männer heißen wie sie wollten. Das eine durfte man von ihnen erwarten: Mut, Klarheit, Kraft und den Versuch wenigstens, mit neuen Mitteln und auf frischen Wegen die deutschen Probleme zu lösen, die mit den alten Mitteln und auf den aus-jedes politischen Kind fassen kann: Neutraden. Die gefährlichen Wege als schier unentwirrbarer Knäuel liegen geblieben waren.“

Statt dessen saß, ohne Not und ohne eine Entscheidung herbeizuführen, das Kabinett den Entschluß, den eigene Verantwortung wird auf die geduldigen Schultern des deutschen Wählers abgeladen. Jede Begründung dafür ist in die leere Luft gesprochen. Denn es gibt keine, die diese Flucht in die Demokratie für Träger des Führer-Gedankens verzeihen macht. Begreiflich allerdings. Die klare Luft des Handelns, der Tat und des Beweises weht kalt um die Ohren derer, die verantwortlich in ihr zu stehen gezwungen sind.“

Die vierte Jahrestagung der Kath. Jugend Deutschlands

Katholische Jugend im Aufbruch des deutschen Volkes

Die vierte Jahrestagung der katholischen Jugend Deutschlands vereinigte im Haus Alsenberg... die katholischen Jugendmännerverbände in den letzten Tagen der vergangenen Woche...

Der 1. Vorsitzende der D.K.M., Generalpräses S. Albrod vom Jung-K.K.M., verband in seiner Begrüßung eine kurze Rückchau über die trotz allem erfreuliche Entwicklung der jungkatholischen Bewegung...

Eine wertvolle Ergänzung des ersten Referates gab Elisabeth Ruwe, Referentin beim Jungfrauenverband, indem sie sich in gründlichen Ausführungen mit dem...

auseinanderbelegte. „Sinn der Bildung“

Die Aussprache, die fast vier Stunden hindurch mit Ernst und Eifer geführt wurde, konnte aus der Fülle der ausgelassenen Fragen nur einen Bruchteil berühren.

Die geschäftsführende Jahresversammlung mit dem Bericht der Geschäftsstelle der K.J.D., des katholischen Reichswerts für freiwilligen Arbeitsdienst und des Kreises „Caritas und Jugend“ konnte mit Rücksicht auf die wichtigsten Beratungspunkte der übrigen Tagung zeitlich nur einen beschränkten Raum beanspruchen.

Am Samstag abend leitete einer der Pioniere der Siedlungsbewegung, Dr. Nikolaus Ehlen, einen Aussprachekreis über Fragen der inneren Siedlung.

Sonntag vormittag nach der Gemeinschaftsmesse sprach der stellvertretende Vorsitzende, Dr. Wilhelm Reiner mann, zu dem Thema: „Wegbereitung katholischer Ideen in deutscher Jugend.“

Wenn die beiden Referate des ersten Tages den Blick lenkten auf die Aufgaben, die vom Volk her in den eigenen Reihen zu erfüllen sind, so zeichnete der Redner hier die Größe der Sendung katholischer Jugend ins deutsche Jungvolk der Gegenwart, die Mission des jungen Katholizismus im Aufbruch des deutschen Volkes.

Vom weiteren Verlauf der Tagung sind noch zu erwähnen der aufschlußreiche und von ausgedehnter und energischer Arbeit zeugende Bericht des Volksdeutschen Arbeitskreises der K.J.D., den Dr. Heinrich von Dordingen gab, und der Aussprachekreis über Prüflinge-Auswanderung unter Mitwirkung von Fleuringer-Bonbrina (Brasilien), B. Vincenti und Dr. Konrad Theis, dem Leiter der Gemeinschafts-Siedlung kath. Jugend in Sta. Katharina.

Spiel und Sport

Süddeutschland im Repräsentativkampf. Die Südd. Meisterschaft. Wieber mitteln in den die besten Kräfte beanspruchenden Spielen um die süddeutsche Meisterschaft trägt der Süddeutsche Fußballverband ein Repräsentativspiel aus und zwar in dem schönen Frankfurter Stadion.

Süddeutschland gegen Zentralangarn. Gemäß zu dieser Zeit ein Wagnis, denn die sehr starke ungarische Elf hat bereits mehrere erfolgreiche Spiele hinter sich (u. a. gegen Mitteldeutschland 8:0, gegen Paris 4:0) und sie wird auch gegen den Süden ihr Können unter Beweis stellen.

Um die süddeutsche Meisterschaft haben wir bereits in der Abteilung Süd-Nord einige sehr bemerkenswerte Kämpfe und zwar erneut: Würtemberg gegen Baden.

garter Riders als Gast des Königs im Stadion. Die Riders haben in imponierendem Stille die schwäbische Meisterschaft erungen und unsere Erwartungen sind hoch gespannt.

Die Abteilung Ost-West wird die Frage nach dem Tabellenführer klären in dem Großkampf des 1. FC Nürnberg gegen die bis jetzt noch ungeschlagenen Bienen, 1880 München, in dem für beide Mannschaften sehr viel auf dem Spiele steht.

Um den Verbandsstapal in Würtemberg-Baden empfängt Mühlburg die Germania Brötzingen, leider ließ sich des lieben Geldes wegen ein...

Doppelspiel auf dem Röhrichtablon diesmal nicht erreichen. Die Frankonia erhält Besuch vom FC Freiburg und der SV. Karlsruhe tritt beim FC Freiburg in die Schranken.

Sport in Kürze

Terminveränderungen im Wintersport. Die Stoffelmeisterschaften des S.S.S., die ursprünglich am 11. und 12. Februar in Schönwald ausgetragen werden sollten, sind mit Rücksicht auf die Verschiebung der Röhrichtablonveranstaltung auf den 26. Februar am gleichen Ort festgesetzt worden.

Kunstabflüge über dem Titisee. Anlässlich des Internationalen Motorrad- und Wagenrennens auf dem Titisee am 12. Februar führt die Deutsche Luftkranz erstmals die Passagier-Kunstabflüge aus, nachdem sie in diesem Winter erstmalig im Winterluftverkehr Freiburg anfliegt.

Sonja Henie wieder Europameisterin

Die Europameisterschaften im Eislaufen wurden am Dienstag in der Halle des Londoner Eis-Clubs mit dem Kälteprogramm der Damen beendet. Erwartungsgemäß errang die fünfjährige Weltmeisterin Sonja Henie zum dritten Male auch den Titel von Europa.

Jugendfunk der Woche

Freitag: 15 Uhr, Deutschlandsender, Jungmädchenstunde. Erziehung zur Ehe. 16.40 Uhr, Schlesischer Funk, Fäden der Dreslauer Jugend von ehemals - Funktionen um den Kriwan.

Karlsruher Straftammer

Wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 176 Ziffer 5 wurde der Schlosser Josef H. aus Reutenorf zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten abzüglich zwei Monaten Unteruchungshaft verurteilt.

Fris Noh und Fern

Orkan im Hochschwarzwald. a. Vom Hochschwarzwald. Der schwerste Südweststurm des ganzen Winters brauft seit den Nachmittagsstunden des Mittwoch über die Kämme des hohen Schwarzwaldes.

Kommunistisches Umzugsverbot für Forzheim. blid Forzheim, 2. Febr. Der Polizeibericht meldet: Im Hinblick auf Sprechhäre und Gefänge beim gestrigen Umzug der K.P.D. hier, die sich in beleidigender Weise gegen Mitglieder der Reichsregierung richteten...

Eine Forzheimer Falschmünzerwerkstatt ausgehoben. blid Forzheim, 2. Febr. Den Bemühungen der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, eine neue Falschmünzerwerkstatt auszuheben.

Politischer Zusammenstoß in Schwertberg. dz Einzheim, (bei Baden-Baden), 2. Febr. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Mittwoch abend hier einen Jodelzug, an den sich eine Versammlung in einem Lokal anschloß.

Dz Durlach, 2. Febr. (Unfall). Hier stürzte ein 11 Jahre alter Knabe beim Absteigen von einem in Fahrt befindlichen Pferdebuschwerk ab und geriet mit dem rechten Bein in die Speichen des Hinterrades.

Dz Durlach, 2. Febr. (Politischer Zwischenfall. - Ein Toter.) In Sondersheim veranstalteten Kommunisten aus Durlach-Aue am Mittwoch abend einen Umzug, wobei es zu einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten kam.

Erfreuliche Kunde

dz Willingen, 2. Febr. Die Seidenfabrik Schröder & Cie., die die hier vorliegenden Aufträge aufgearbeitet hatte, wollte ursprünglich Betriebsbeschränkungen vornehmen.

Schüsse auf die Wohnung politischer Gegner. blid Heidelberg, 2. Febr. In einer der letzten Nächte wurden auf eine Wohnung in der Lutherstraße aus einer Gruppe von drei bis vier Leuten, die unerkannt entkommen sind, zwölf Schüsse abgegeben.

Wetterbericht. Karlsruhe, 2. Febr. Nach einem föhnig-milden Tage sind die mittleren und nördlichen Teile des Landes im Laufe der letzten Nacht in den Bereich des Nordmeeres gekommen.

